

NACHRICHTEN

Reaktionen auf die Verhaftungen in Malaysia

Ungewöhnlich schnell wurden bereits am ersten Tag der Verhaftungen, am 27.10. Proteststimmen laut, die noch in der (vorerst) letzten Ausgabe der Tageszeitung "The Star" abgedruckt wurden. DAP, Anwaltskammer (Bar-Council), UCS-CAM, EPSM, Regional Council for Human Rights in Asia, Aliran, PARC und die ISA Support Group Penang, die sich bereits im Mai 87 anlässlich der Verhaftungen in Singapur aus verschiedenen Organisationen zusammensetzte [vgl. SOAI 2/87 S.41], verurteilten die drastische Vorgehensweise der Regierung, denn den Inhaftierten sei nicht nachzuweisen, daß sie die innere Sicherheit des Landes gefährdet hätten. Sie forderten ihre sofortige, bedingungslose Freilassung und gegebenenfalls eine Klärung der Vorwürfe durch ordentliche Gerichte. In den darauf folgenden Tagen kamen ähnliche Erklärungen von der Chinesischen Handelskammer Selangor, der Nationalen Journalistenunion NUJ, PAS, MTUC, CAP, Pentas, des katholischen Erzbischofs von Kuala Lumpur, sowie eine gemeinsame Erklärung der Selangor Chinese Assembly Hall, United Chinese School Teachers Association Malaysia und UCS-CAM, die ebenfalls das Erscheinungsverbot von 3 Zeitungen kritisierten. Bereits am 28.10.87 bildeten 11 Organisationen eine "Support Group for ISA Detainees", der sich bis zum 30.10. 3 weitere Organisationen anschlossen. Die Support Group wandte sich in einem Aufruf am 30.11.87 an die internationale Öffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung [vgl. Kasten] und verbreitete eine Einschätzung der Situation aus ihrer Sicht.

In einem Hirtenbrief ließ der Erzbischof Soter Fernandez von Kuala Lumpur, das katholische Oberhaupt in Malaysia vom 30.10. bis 1.11. in allen Messen eine Kritik an dem Vorgehen der Regierung verlesen. Darin wurde das Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) als unmoralisch und grobe Verletzung der Menschenrechte verurteilt, die sofortige Freilassung der Inhaftierten und ggf. die Klärung der Vorwürfe vor einem ordentlichen Gericht gefordert. Ungewöhnlich war auch die scharfe Kritik des 70-jährigen ehemaligen und ersten Premierministers Malaysi, Tunku Abdul Rahman, an Mahathir. Er sieht Malaysia auf dem Weg in die Diktatur und hielt die für den 1.11. vorgesehene und dann verbotene Großkundgebung der UMNO für einen Vor-

wand, um die Verhaftungen zu rechtfertigen. Tunku Abdul Rahman ist Vorstandsvorsitzender des Verlages, der die verbotene Tageszeitung "The Star" herausgibt. Am 31.10. gaben 11 Organisationen, darunter sowohl die islamisch, malaiisch orientierte Partei PAS als auch die chinesisch orientierte DAP, eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sowohl die Verhaftungen, als auch die Erscheinungsverbote der 3 Zeitungen verurteilt wurden [vgl. Kasten]. Aliran veröffentlichte am 2.11. eine allgemeine Einschätzung der Situation und verschickte international am

7.11. einen "Aufruf für Gerechtigkeit".

Einige Angehörige der Verhafteten wandten sich ebenfalls mit Presseerklärungen an die Öffentlichkeit, unter anderem auch wegen öffentlichen Äußerungen des stellv. Innenministers Datuk Megat Junid, der behauptet hatte, daß das Gesetz zur Inneren Sicherheit ISA nicht gegen unschuldige Personen angewandt werden würde. Sie sehen darin eine grobe Vorverurteilung ihrer Angehörigen, ohne daß in einem ordentlichen Gerichtsverfahren ihre "Schuld" nachgewiesen worden sei. Am 10.11. wies die

Support Group darauf hin, daß möglicherweise mit Geständnissen der Inhaftierten zu rechnen sei, die unter Druck erfolgten und von keinem ordentlichen Gericht anerkannt würden. In einer weiteren Erklärung wurde auf die strikte Nachrichtensperre der Regierung und Selbstzensur der Presse hingewiesen, die über weitere Verhaftungen, sowie internationale Reaktionen auf die Ereignisse in Malaysia, nicht mehr berichtet.

Aber nicht nur Protest gegen die drakonischen Maßnahmen Mahathirs wurde im Land laut. Am 29.10. veröffentlichte die regierungstreue "New Straits Times" die ersten Stellungnahmen, die sie begrüßten, so von einer Reihe von UMNO Unterorganisationen und Ministern, darunter Anwar Ibrahim, der 1975/76 selbst für ein Jahr nach ISA inhaftiert worden war und der Unterbezirksvorsitzende der UMNO Kassim Ahmad. Kassim war einst Vorsitzender der kleinen Oppositionspartei PSRM und selbst 6 Jahre nach ISA inhaftiert. Weitere Mitgliedsparteien der Regierungskoalition "National Front", die MCA, MIC (Malaysian Indian Congress) und Gerakan, die Parteien des Bundesstaates Sabah, PBS, USNO und Berjaya sowie die Parteien des Bundesstaates Sarawak, begrüßten das Vorgehen Mahathirs als gerechtfertigte Maßnahme zur Verhinderung schwerer Rassenunruhen. Lediglich die Frauenorganisation der Partei Gerakan - Wanita Gerakan - hielt die Verhaftungen für nicht nötig und forderte die bedingungslose Freilassung der Inhaftierten. Ebenfalls Unterstützung erhielt die Regierung von der Perak Consumers Association.

Die malaiisch-, indisch-, chinesisch- und englischsprachige Presse reagierte in ihren Kommentaren am 29.10. in unterschiedlichem Maße verständnisvoll bis unterstützend auf die Regierungsmaßnahmen. Die "New Straits Times" war stark "beeindruckt" und forderte Besonnenheit und nationale Eintracht, die größte chinesischsprachige Tageszeitung "Nanyang Siang Pau" forderte Ruhe und Besonnenheit von der Bevölkerung und von der Polizei, die Unschuldigen unter den Inhaftierten möglichst bald freizulassen. Selbst die Zeitschrift "Wantan", die zwar gegen ihr Erscheinungsverbot vor Gericht Einspruch erheben wird, begrüßte in einer Presseerklärung die Verhaftungen als notwendige Maßnahme.

vgl. Star 28.10.1987, NST 28., 29., 30.10.87; South China Morning Post 30.10.87 sowie Originaltexte der Presseerklärungen

Aufruf der Support-Group for ISA Detainees

Liebe Freunde,

die Unterstützerguppe für Inhaftierte nach dem Gesetz zur inneren Sicherheit (Internal Security Act = ISA) hat sich am 28.10.1987 als Antwort auf das landesweite Eingreifen gegründet. Sie umfaßt 14 Organisationen, Gewerkschaften und politische Parteien. Während dies niedergeschrieben wird, haben wir drei Presseerklärungen herausgegeben und eine Unterschriftenaktion initiiert, mit der wir die Regierung auffordern, alle Inhaftierten vor ein Gericht zu stellen oder sie unverzüglich freizulassen. Wir arbeiten auch mit mehreren Familien von Inhaftierten zusammen, um gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen um herauszufinden, wo ihre Angehörigen festgehalten werden. Außerdem versuchen wir, rechtliche Unterstützung für alle Inhaftierten zu erhalten. In Penang hat sich eine gleichartige Unterstützerguppe formiert.

Wir arbeiten unter Druck. Die Übergriffe haben noch nicht aufgehört und die Anzahl der Verhafteten beläuft sich zum jetzigen Zeitpunkt auf 79 Personen. Die Post wird nicht weitergeleitet und wir sind vollkommen sicher, daß Unterlagen, die durch Kuriere transportiert werden, ebenfalls kontrolliert werden.

Wir brauchen die Unterstützung der internationalen Völkergemeinschaft aus den verschiedensten Bereichen. Bitte senden Sie so schnell wie möglich Fernschreiben, Telegramme und Briefe an Premierminister Dr. Mahathir Mohamad. Ebenfalls brauchen wir Sie, um unseren Fall Ihrer jeweiligen Regierung darzustellen, damit diese adäquate Maßnahmen ergreift.

Es ist uns wichtig darzustellen, daß wir an öffentliche Ruhe und Sicherheit glauben. Aber, wie dem auch sei, die öffentliche Ruhe und Sicherheit werden als Vorwand benutzt, um Dissidentengruppen zu inhaftieren. Die Aktivitäten derjenigen, die inhaftiert sind, haben gezeigt, daß sie nicht für das Schüren von Rassenanspannungen oder für das Anfachen von religiösem Extremismus oder gar für subversive Aktionen verantwortlich sind. Alles, was sie getan haben, war, daß sie auf den Machtmißbrauch der Regierung in verschiedenen Fällen, die im Interesse der Öffentlichkeit und der Demokratie liegen, hingewiesen haben. Sie haben für die Entwicklung dieses Landes gearbeitet. Diese Inhaftierten wurden mit anderen in einen Topf geworfen, die eventuell für das Schüren von Rassenunruhen verantwortlich sein mögen.

Wenn überhaupt Spannungen in den letzten Wochen geschürt wurden, dann einzig und allein von Extremisten innerhalb der Regierung, deren wirkliche Gründe für das Schüren der Rassenunruhen darin bestehen, daß sie von den schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen und der politischen Uneinigkeit innerhalb der führenden Partei im Regierungsbündnis ablenken wollen.

Wenn die Regierung ernsthaft an öffentlicher Ruhe und Sicherheit interessiert ist, dann muß sie alle, die inhaftiert wurden, vor Gericht stellen oder sie unverzüglich freilassen. Nur dadurch, daß sie jedem die Chance eines fairen Gerichtsverfahrens und einer Anhörung einräumt, kann die Wahrheit über die gegenwärtige Situation festgestellt werden.

Gezeichnet vom Sekretariat der Unterstützerguppe von Inhaftierten unter dem Gesetz zur inneren Sicherheit.

Association of Women Lawyers, INSAN, ALIRAN, Persatuan Sains Sosial Malaysia, Civil Rights Committee, ERA (Educational & Research Assoc. For Consumers), Perak, Selangor Graduates Society, EPSM, Environmental, Protection Society Malaysia Women's Development Centre, PSRM, Parti Sosialis Rakyat Malaysia, Young Christian Workers Movement, Transport Equipment & Allied Workers Union, Workers Party, Sabah Christian Movement

NACHRICHTEN

MALAYSIA

26 Inhaftierte freigelassen

Am 20. Nov. wurden von den bis dahin 106 nach ISA Inhaftierten 11 wieder freigelassen. Die prominentesten unter ihnen sind der Vize-Präsident der Partei, MCA Herr Chan Kit Chee, der Abgeordnete im Bundesparlament der Oppositionspartei DAP, Herr Ngoi Thian Woh und der Leiter des privaten Fernsehsenders TV3, Herr Ahmad Sebu Abu Bakar. Nach Angaben der Polizei wurden sie ohne Bedingungen auf freien Fuß gesetzt, da die Untersuchungen ergeben haben, daß sie "keine Gefährdung der nationalen Sicherheit" bedeuten. Weitere 15 sollen am 30. Nov. freigelassen worden sein, darunter das Bundesvorstandsmitglied der UMNO-Jugend, Herr Tajuddin Abdul Rahman und eini-

Islamische Fundamentalisten nach ISA verhaftet

Am 25. Sept. wurde der malaysische Herausgeber der pro-iranischen, internationalen religiösen Zeitschrift "Al-Quds" Syde Jaafar Alsagoff beim Verteilen selbiger nach dem Freitagsgebet vor einer Moschee in Kuala Lumpur auf der Grundlage des ISA verhaftet. "Al-Quds" besitzt keine Veröffentlichungsgenehmigung in Malaysia. Seine beiden Söhne, die vor anderen Moscheen in Kuala Lumpur die Zeitschrift gleichzeitig verteilten, wurden ebenfalls verhaftet, allerdings wegen Verstoßes gegen das Veröffentlichungsgesetz. Gegen eine Kautions wurden sie später freigelassen.

vgl. FEER 15.10.87 S.6

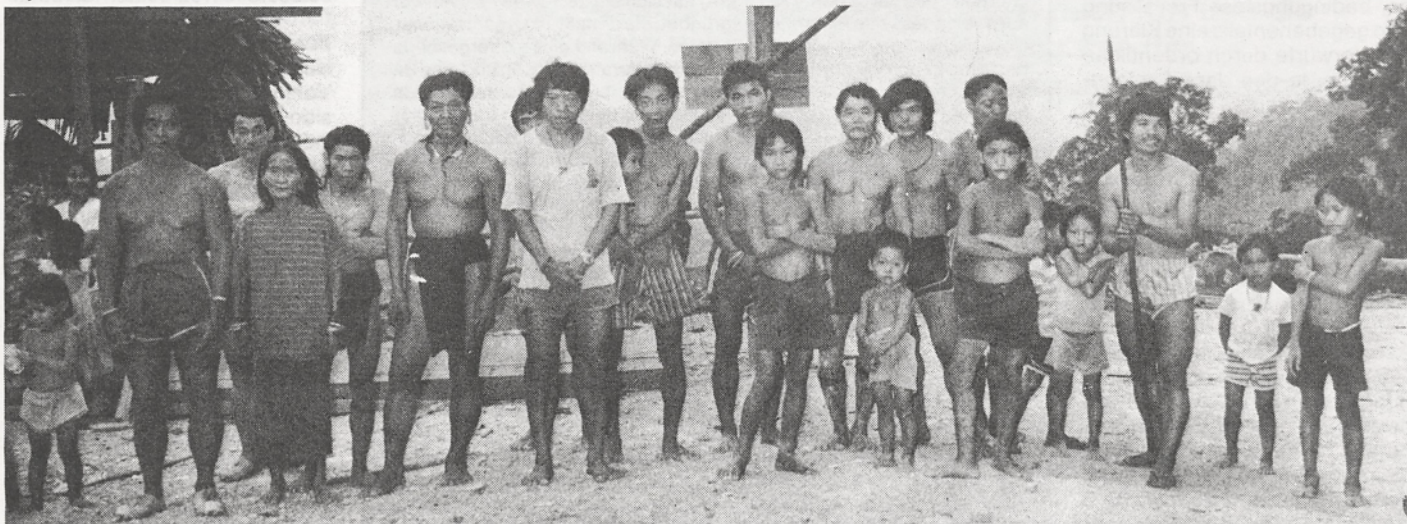
daß er "angemessene Anstrengungen unternommen hat, um den Wahrheitsgehalt einer Nachricht zu überprüfen". In diesem Zusammenhang kann die Regierung jede Publikation bis zu 6 Monate verbieten, die gegen das Gesetz verstoßen hat. Personen die danach verurteilt wurden, dürfen die betroffene Publikation nicht mehr herausgeben, und auch zukünftig keine weitere mehr.

Ebenso müssen Periodika, die in Malaysia oder Singapur gedruckt werden, jedes Jahr eine neue Lizenz beantragen, nicht wie bisher nur die existierende verlängern. Die Entscheidung des Innenministers über die (Nicht-) Erteilung einer Lizenz kann nicht mehr vor Gericht angefochten werden.

Am 2. Dezember soll das Ge-

Habeas Corpus Begehren von 9 ISA Inhaftierten abgelehnt

Der Versuch von 8 Inhaftierten, die im Oktober/November nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) ohne Anklage verhaftet wurden, über einen Antrag auf "habeas corpus" vor dem Gericht die Behörden zur Freilassung oder genaueren Anklage zu bewegen, sind am 23.11. fehlgeschlagen. Es handelte sich dabei um Dr. Chandra Muzaffar, Theresa Lim Chin Chin, Frau Chee Heng Leng, Herrn Lim Fong Seng, Herrn Sim Mah Lock, Dr. Tuang Pik King, Herrn Tan Ka Kheng und Prof. Dr. Mohamed Nasir bin Hashim. Die Ehefrau von Dr. Kua Kia Soong hatte kurzfristig ihren Antrag zurückgezogen, um eine mögliche baldige Entlassung nicht dadurch



Langhausbewohner in Sarawak, aus: "Aliran Monthly" 6/87, S. 12

ge Funktionäre der zur Regierungskoalition gehörigen MCA. [vgl. Namensliste im Kasten]

vgl. FEER 3.12.87 S.14; AW 4.12.87 S.19; ISA Detentions in Malaysia Update No.5

42 Kayans vorübergehend verhaftet und angeklagt

42 Kayans wurden bei Uma Bawang im Ulu Baram, Sarawak, festgenommen und 14 Tage inhaftiert. Sie hatten die Polizei bei der Räumung von 2 Straßenblockaden behindert. Die Polizei von Sarawak hatte im Nov. eine größere Aktion zur Räumung von insgesamt 12 Straßenblockaden angefangen, die von einheimischen Gruppen gegen den Holzschlag im Dschungel angelegt worden waren, um ihr Stammesgebiet zu schützen. Diese Blockaden verhinderten den Holzschlag in dem Gebiet seit April 1987. Die Festgenommenen werden mit Strafanlagen zu rechnen haben. eigene Quellen

Erhebliche Verschärfung der Pressegesetze verabschiedet

Am 20. November legte die Regierung dem Parlament eine Änderung des Pressegesetzes vor, die dem Innenminister - zur Zeit in Personalunion der Premierminister Mahathir - absolute Entscheidungsgewalt über die Herausgabe oder den Import jeglicher Publikationen gibt. Er kann jederzeit Publikationen, die "möglicherweise die öffentliche Meinung erregen könnten" verbieten, zusätzlich zu den augenblicklich möglichen Erwägungen der Gefährdung der Sicherheit, der Moral und des nationalen Interesses. Außerdem kann der Autor, Redakteur, Herausgeber und der Drucker, der "vorsätzlich eine falsche Nachricht veröffentlicht" mit bis zu 3 Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe von M\$ 20000 oder beides bestraft werden. Die Vorsätzlichkeit liegt nach dem Gesetz dann vor, wenn der Autor nicht beweisen kann,

setz in 2. Lesung vom Parlament verabschiedet werden.

vgl. NST 25.11.87, FEER 3.12.87, S.10

Gericht entscheidet - Aliran darf auf malaiisch veröffentlichen

Am 2. Sept. widerrief das malaysische "High Court" eine Entscheidung des Innenministers, der Organisation Aliran keine Genehmigung zur Herausgabe einer Monatsschrift in malaiischer Sprache zu erteilen zusätzlich zu ihrer bisherigen englischsprachigen Ausgabe. Der Antrag Alirans auf die Druckgenehmigung vom November 1986 wurde im April 1987 vom Innenminister abgelehnt. Dieser will nun Berufung gegen die Entscheidung vor dem Obersten Gericht einlegen.

vgl. FEER 17.9.87 S.10

zu erschweren. Das Gericht begründete die Ablehnung damit, daß bei Verhaftungen nach dem ISA die Behörden keinerlei nähere Auskünfte oder Gründe angeben müßten und somit auch das Gericht die Entscheidung anerkennen muß. Empfehlungsschreiben für Dr. Chandra Muzaffar, Präsident von Aliran, von 2 ehemaligen Premierministern Tunku Abdul Rahman und Tun Hussein Onn machten auf das Gericht auch keinen Eindruck. In der Amtszeit des Tunku wurde 1960 das ISA als Gesetz zur Bekämpfung der kommunistischen Untergrundkämpfer eingeführt und auch häufig angewandt. Tun Hussein Onn, Vorgänger von Mahathir hatte ebenfalls reichlich vom ISA Gebrauch gemacht, natürlich nur bei Kommunisten. Nach ihrer Auffassung sei das ISA ausschließlich gegen Kommunisten anzuwenden, aber nicht um legitime Opposition und legalen Dissens zu unterdrücken.

vgl. FEER 3.12.87 S.14; NST 25.11.87

NACHRICHTEN

MALAYSIA

Brandanschläge gegen Dorfmoscheen

Ende August wurden bei Brandanschlägen in der Umgebung der Stadt Triang im Bundesstaat Pahang 3 aus Holz gebaute Dorfmoscheen völlig niedergebrannt sowie 2 in der Nähe von Pekan, etwa 115 km weiter östlich. Bei Malacca sowie den Orten Chenor und Kertau gab es versuchte Brandanschläge auf Gemeinschaftshallen. In allen Fällen wurde bei der Brandstiftung Kerosin oder Dieselbezin verwandt. Noch gibt es keinerlei Hinweise auf die Täter. Es gibt Vermutungen, daß es sich bei den Tätern entweder um Geisteskranke oder illegale christliche, indonesische Einwanderer handeln könnte.

vgl. AW 20.9.87 S.15

SHELL plant Erdgas Verarbeitung in Bintulu, Sarawak

Der Multi SHELL plant die Errichtung einer Destillieranlage zur Umwandlung von Erdgas in Diesel und Flugzeugtreibstoff. Dies soll auf der Grundlage des "Fischer-Tropschen" Verfahrens gemacht werden, wie in Deutschland während des 2. Weltkrieges auf der Grundlage von Kohle. Ein solches Projekt würde Investitionen von 1,5 Mrd. M\$ in der Hafenstadt Bintulu bedeuten. Malaysias Vorräte von 50 Billion Kubikfuß an Erdgas entsprechen dem Dreifachen der Vorräte an Ölreserven. Hauptproblem bei solch großen Erdgasvorkommen ist die Vermarktung, denn eine Verflüssigung des Erdgases ist aufwendig, teuer und nicht ungefährlich und mit Pipelines läßt sich nur eine sehr begrenzte Menge zu ausgewählten Orten transportieren. Ein Umwandlung des Erdgases in Flüssigtreibstoffe würde eine Vermarktung und Nutzung erheblich vereinfachen. Aus rund 100 Mio. Kubikfuß Erdgas können täglich etwa 12 Tsd. barrel Dieselbenzin gewonnen werden. Zur Zeit verbraucht Malaysia etwa 60 000 barrel an Dieselbenzin täglich.

vgl. MB 16.10.87 S.24ff

Forderung nach Überarbeitung der Verfassung

Am 15./16. August 1987 veranstaltete Aliran eine Konferenz über die Verfassung Malaysias. Vor 300 Teilnehmern äußerten eine Reihe bekannter Persönlichkeiten sich zu der Bedeutung der Verfassung, die vor 30 Jahren in Kraft trat. Es sprachen u.a. der erste Premierminister Malay(s)ias Tunku Abdul Rahman, der ehemalige Lord President (Vorsitzende des Obersten Gerichts) Tun Mohamed Suffian, der angesehene, frühere Oppositionspolitiker Tan Sri Dr. Tan Chee Khoo, der Führer der Oppositionspartei DAP im Bundesparlament Lim Kit Siang, der Präsident der Anwaltskammer (bar council) Param Kumaraswamy, eine Reihe von Hochschullehrern und Aliran Mitglieder, darunter auch Dr. Chandra Muzaffar. Einladungen zur Teilnahme an der Konferenz an Vertreter der Regierung und der Parteien der Regierungskoalition "Nationale Front" wurden von diesen nicht angenommen. Es wurden Beiträge über den historischen Hintergrund der Verfassung, über die Bedeutung der Monarchie, der Judikative, des Parlaments, der Executive, des Verhältnisses zwischen Bund und den Einzelstaaten, der Frage des Rechtsstaates, der Grund-

rechte, der ethnischen Dimensionen und des Islams in der Verfassung gehalten. An der Diskussion beteiligten sich nicht nur die geladenen Referenten, sondern auch eine Reihe von Zuhörern aus dem Publikum. Am Ende der Konferenz wurde eine gemeinsame Erklärung mit folgendem Wortlaut verabschiedet: "Diese Konferenz nimmt nach Überlegungen zur malaysischen Verfassung 30 Jahre nach der Unabhängigkeit mit Beunruhigung zur Kenntnis: die Aushöhlung der Grundrechte und Grundfreiheiten; die Beeinträchtigung der Herrschaft des Rechtes; den Mißbrauch der Macht der Exekutive. Sie beschließt hiermit, die Regierung Malaysias dazu aufzufordern eine unabhängige königliche Kommission zu bilden, die die malaysische Verfassung überprüft und Empfehlungen zu grundlegenden Veränderungen macht, die die neuen sozialen Realitäten und Bestrebungen der Malaysier aller Gemeinschaften für ein wirklich gerechtes und demokratisches Malaysia dabei berücksichtigen.

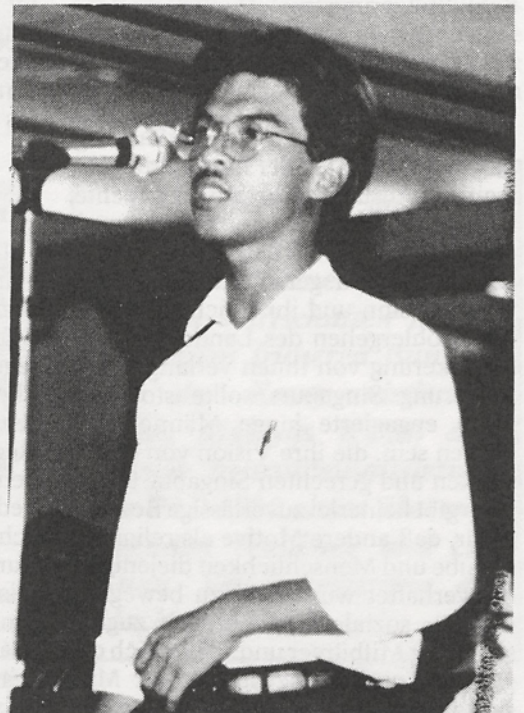
Die Konferenz sorgte für einige Aufsehen. In einigen Tageszeitungen wurde der Eindruck erweckt, diese Konferenz wolle die Verfassung zerstören und das Land in Chaos stürzen.

Auch andere höchste Richter haben in letzter Zeit eine

Überprüfung der Verfassung gefordert, darunter der Sultan vom Bundesstaat Perak, selbst vor einigen Jahren noch Lord President sowie der Richter des High Courts Harun Hashim. Letzterer hatte seit etwa einem Jahr in mehreren Fällen gegen die Regierung entschieden, so u.a. im Fall der Ausweisung eines Journalisten der in Hongkong erscheinenden "Asian Wall Street Journal" [vgl. SOAI 4/86 S.42] oder im Fall der Druckgenehmigung für eine Monatszeitschrift Alirans in malaiischer Sprache [siehe Nachricht in diesem Heft].

Dem Premierminister Mahathir solche Überlegungen gar nicht zu passen [vgl. Interview in diesem Heft]. Dabei hatte er sich im Oktober mehrfach zur Rolle der Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Judikative geäußert u.a. in folgender Weise: "Wir wollen nicht das Chaos, was entsteht, wenn die eine Institution die Rolle der anderen usurpiert. Bisher hatten wir in dieser Hinsicht noch keine Probleme, aber in der letzten Zeit sind Hinweise dafür da, daß es nicht mehr so ist wie bisher."

vgl. Aliran Vol.7, No.8 S.4-10; AW 16.10.87 S.19f



Beiträge aus dem Publikum während der Konferenz aus "Aliran Monthly" 8/87